



Lizenz zum Abkassieren

Rede von Ralph Lenkert, 14. März 2013

**Rede im Bundestag am 14.03.2013 zu TOP
3b) Erste Beratung des von der
Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines
Zweiten Gesetzes über Maßnahmen zur
Beschleunigung des Netzausbaus
Elektrizitätsnetze > Drucksache 17/12638**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Heute geht es um den Entwurf eines Zweiten Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze. Der Name ist sperrig, und dahinter stecken knallharte Profitinteressen. Wie erkläre ich Ihnen, was ich meine?

Wie würde das bei Dagobert Duck sein? Nehmen wir an, Dagobert besitzt Grundstücke. Eines liegt 80 Kilometer in der Prarie, und zum zweiten führt nur ein Pfad. Da gerade Steinmangel herrscht, will Dagobert mit Steinbrüchen „Schotter“ machen. Von den Steinbrüchen auf seinem Land müssen die Steine über neue Straßen transportiert werden. Also verlangt Duck vom Minister Zaster für den Straßenbau. Der Minister gehorcht, plant Straßen, den Zaster holt er sich von den Bewohnern Entenhausens. Damit Dagobert stets Steine mit Profit verkaufen kann, bestimmt der Minister, dass alle

Bürger auch noch Lkws und Sprit bezahlen. Alle?
Nein, die Freunde des Ministers bekommen zwar viele
Steine, aber für Straßen und Lkws bezahlen sie nicht.

Haben Sie es verstanden? Ich kläre Sie auf: Dagobert
Duck steht für die
Energiekonzerne, die Steine sind der Strom. Die
Steinbrüche sind Offshore-Windparks und Kraftwerke.
Straßen sind Stromleitungen. Die Einwohner von
Entenhausen sind wir Stromkunden, die
Ministerfreunde sind die Energiekonzerne bzw.
energieintensiven Unternehmen. Herr Rösler, haben
Sie sich erkannt? Ich habe Ihnen diesen Comic
erzählt, weil es genau so läuft.

Sinngemäß steht im Entwurf: „Standorte für
konventionelle Kraftwerke“ und EEG-Anlagen
„werden in der Regel unabhängig“ vom vorhandenen
Stromnetz „ausgewählt“. „Gegenwärtig sind eine
Vielzahl konventioneller Kraftwerke ... im Bau bzw. in
der Planung, die nicht zwingend in der Nähe der
Verbrauchszentren einspeisen werden.“ Das heißt, es
braucht mehr Stromtrassen. Die Folge sind steigende
Strompreise für die Stromkunden.

Klartext: Die 380-kV-Leitungen werden nicht nur für
Windräder, sondern auch für neue Kohlekraftwerke
wie die von Vattenfall in Jänschwalde und von der
MIBRAG in Profen gebaut. Die bestehenden
Stromleitungen können dann den gesamten Kohle-
und Windstrom nicht mehr nach Süden
transportieren. Deshalb sagt man den Thüringerinnen
und Thüringern: Ihr wollt doch die Energiewende, und
Bayern braucht den Windstrom aus dem Norden, also
akzeptiert Leitungen.

Entschuldigung, aber der Kohlestrom aus
Jänschwalde und Profen soll auch über diese Leitung
fließen. Die Thüringerinnen und Thüringer zahlen 7,1
Cent Netzentgelt je Kilowattstunde. In Bayern zahlt
man nur 5 Cent. Warum? Ein Kraftwerk speist im

Norden 1 Million Kilowattstunden ins Netz. Genau für diese Strommenge wird gezahlt - logisch. Durch Netzverluste, 3 Prozent auf 100 Kilometer, kommen in Bayern nur 850 000 Kilowattstunden an. Nur für diese Strommenge wird von den Bayern gezahlt - logisch. Die 150 000 Kilowattstunden Transportverlust bezahlt der Netzbetreiber - logisch. Er legt dies auf uns Thüringer um, weil das Netz durch Thüringen geht - logisch.

Logisch? Wir verdienen nichts am Strom, unsere Landschaft wird verbaut, und wir müssen dafür noch zahlen. Das ist ungerecht.

Deshalb fordert die Linke einheitliche Netzentgelte für ganz Deutschland. Das wäre logisch. Nach unserem Konzept beginnt die Energiewende mit einem Bedarfsplan für den Stromverbrauch. Danach erfolgt eine zwischen Bund und Ländern abgestimmte Planung zur größtenteils regionalen Stromerzeugung und Speicherung. Erst dann erfolgt eine Netzbedarfsplanung.

Warum folgt die Regierung nicht dieser einfachen Logik, sondern schaut nur auf den Netzausbau? Es geht um viel Geld. 10 Milliarden Euro kostet der Netzausbau nach dem vorliegenden Regierungsplan. Verdienen werden Baufirmen, Projektanten und die Investoren, die die Netze ausbauen lassen. Sagenhafte 9 Prozent Rendite gibt es für die investierten 10 Milliarden Euro. 900 Millionen Euro müssen Bürgerinnen und Bürger, kleine und mittelständische Unternehmen Jahr für Jahr nur für die Renditegarantie abdrücken. Diese Unverschämtheit lehnt die Linke ab.

Es gibt einen Weg, diese Abzocke zu beenden: Die Netze müssen entprivatisiert werden. Eine Vergesellschaftung der Netze zusammen mit einem Stromverbrauchsplan, dem Stromerzeugungsplan und dem dann notwendigen Netzausbauplan sichert

die ökologische Energiewende mit sozialen
Strompreisen, ohne uns Stromkunden zu rupfen.
Füllen Sie nicht die Geldspeicher der Spekulanten,
sondern folgen Sie unseren Vorschlägen!

Vielen Dank.